

# ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

## Gesamteuropäische Strategien

### *Die Europäische Union verstärkt die Präventionsarbeit gegen organisierte Kriminalität.*

Verbrechensvorbeugung als gesamtgesellschaftliche Verantwortlichkeit war das Thema eines Europol-Forums vom 4. bis 5. November 1999 in Den Haag. In Workshops wurden erörtert:

- Schwachpunkte in der Gesetzgebung (insbesondere in Risikobereichen für Korruption und Betrug);
- Partnerschaften zwischen Behörden und der Wirtschaft zum Informationsaustausch;
- Transparenz von Entscheidungsstrukturen zur Verminderung von Tatgelegenheiten;
- Erarbeitung von gemeinsamen Standards für eine erfolgreiche Vorbeugung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität;
- Einrichtung von Experten- und Informationspools.

Neben Delegierten aus den EU-Mitgliedstaaten nahmen Vertreter des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, sowie der UNO teil. Das Forum gelangte zu folgenden vorläufigen Schlussfolgerungen:

- Unterschiedliche kriminelle Erscheinungsformen erfordern unterschiedliche Präventionsmaßnahmen.
- Strategien gegen die OK können nur auf der Grundlage genauer Analysen entwickelt werden.
- Die Prävention soll sich nicht auf die Formen der Wirtschaftskriminalität beschränken, sondern auch "unsichtbare" Bereiche umfassen.
- Zwischen der Prävention des nicht organisierten Verbrechens und der Prävention der organisierten Kriminalität gibt es Zusammenhänge: beispielsweise können Jugendliche aus problematischen sozialen Verhältnissen leicht als Drogendealer oder -kuriere für die OK gewonnen werden).
- Die Vernetzung der zuständigen Behörden, Ämter und privater Organisationen (z.B. Bekämpfung des Menschenhandels) ist die wirksamste Form der Prävention, wobei sie unterschiedlich ausgestaltet werden kann: So wurden in Schweden und Dänemark Präventionsräte geschaffen.
- Einrichtung von Expertenzentren zwecks Informationsaustausch über Präventionsmaßnahmen und Erfahrungswerte im Hinblick auf organisierte Kriminalität. Die Experten stellten dazu Überlegungen an, die in den Datenbanken enthaltenen Informationen auch polizeifremden Institutionen zur Verfügung zu stellen.

- Aufnahme von Präventionsstrategien gegen verschiedene Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität im OK-Jahresbericht.

Im Dezember 1998 hat der Rat der Justiz- und Innenminister eine EntschlieÙung zur Ausarbeitung einer umfassenden Strategie zur Prävention organisierter Kriminalität angenommen. Kernaussage der RatsentschlieÙung ist – neben einer wirksamen und nachhaltigen Repression – die Notwendigkeit der Ausarbeitung vielfältiger Präventionsmaßnahmen, wobei die Einbindung anderer Institutionen, privater Organisationen sowie der Wissenschaft für den Informationsaustausch als sehr wichtig angesehen werden. Die Europäische Kommission, Europol und die Mitgliedstaaten wurden vom Rat aufgefordert, bis zum Ende des Jahres 2000 Präventionsstrategien zu erarbeiten und Erfahrungsberichte vorzulegen. Auf dieser Grundlage veranstaltete Europol mehrere Konferenzen, zuletzt das Forum über Verbrechensvorbeugung als gesamtgesellschaftliche Verantwortung im November 1999.

1996 beauftragte der Rat die Vorläuferinstitution von Europol, die European Drugs Unit (EDU), Richtlinien einzurichten zum Informationsaustausch über besondere Expertisen, Erfahrungen und Erkenntnisse in der Bekämpfung von Kriminalitätsformen, die in den Zuständigkeitsbereich der EDU fallen. Die Mitgliedstaaten sollen Beiträge für diesen Richtlinienkatalog liefern. Die Daten dienen der verbesserten Unterstützung der Arbeit von Europol, der bilateralen Zusammenarbeit der Behörden in den Mitgliedstaaten sowie der Schulung in bestimmten Kriminalitätsbereichen.

### **Directory of Counter Terrorist Competences**

Im Jahr 1996 errichtete und verwaltete der British Security Service für die Ratsarbeitsgruppe "Terrorismus" eine Expertisendatenbank zur Bekämpfung des Terrorismus. Sie wurde 1998 an Europol übertragen und enthält Informationen über Erfahrungen in der Terrorismusbekämpfung, die von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Die Datenbank enthält keine Informationen über Personen oder spezifische Terroristengruppen. Der Informationsaustausch dient zur Koordinierung der Zusammenarbeit der zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten. Die Anfragen erfolgen über den jeweiligen Verbindungsbeamten an den Datenbank-Verantwortlichen. Dieser ist für die laufende Aktualisierung der Daten verantwortlich und bewertet die Eignung und Qualifikation eines von einem Mitgliedstaat gelieferten Beitrages.

Eine Präventionsdatenbank (Directory of Crime Prevention) wird etwa in einem Jahr eingerichtet werden. Diskussionsschwerpunkt im Rahmen eines Expertentreffens am 10. November bei Europol war die Errichtung einer Datenbank zur Prävention der organisierten Kriminalität. Die Vorstellungen über die Datenarten konnten noch nicht konkretisiert werden. Es bestehen Bestrebungen, im Sinne einer umfassenden Prävention auch Unternehmen und Vereinigungen als Partner der Sicherheitsbehörden einzubinden. Diese Form der Zusammenarbeit ist in der Europol-Konvention zwar nicht vorgesehen; da es sich voraussichtlich um Informationen allgemeiner Art handeln wird, dürften sich aus datenschutzrechtlicher Sicht keine Probleme ergeben.

*Gabriele Loidl*